



ZUR BESCHLUSSFASSUNG

Bericht zu Fragen von öffentlichem Interesse

In den 18 Monaten seit der letzten Tagung des Zentralausschusses hat sich der Exekutivausschuss zu Fragen von öffentlichem Interesse geäußert. Er hat Erklärungen und Protokollpunkte über die UN-Kommission für Friedenskonsolidierung, über die Notwendigkeit für die Kirchen, im Zusammenhang mit der Verbreitung von Atomwaffen wachsam zu sein, über die Situation am Horn von Afrika, das 10. Jubiläum des Kyoto-Protokolls, den Irak und seine christlichen Gemeinden, den Iran und die regionale Krise im Nahen Osten und über Darfur verabschiedet.

Die leitenden Amtsträger/innen und die Mitglieder des Exekutivausschusses haben beschlossen, dem Zentralausschuss folgende Fragen von öffentlichem Interesse zur Beschlussfassung vorzulegen:

1. Protokollpunkt zur globalen Erwärmung und zum Klimawandel
2. Erklärung zu demokratischen Wahlen
3. Erklärung zur Krise in Kenia und der Reaktion der Kirchen
4. Erklärung zu Pakistan
5. Protokollpunkt zur humanitären Situation im Gazastreifen

Die ersten zwei Erklärungen finden sich unten stehend in voller Länge. Die Erklärungen zu Kenia und Pakistan sowie der Protokollpunkt zu Gaza folgen zu einem späteren Zeitpunkt.

Protokollpunkt zur globalen Erwärmung und zum Klimawandel

„Denn wir wissen, dass die ganze Schöpfung bis zu diesem Augenblick mit uns seufzt und sich ängstet“ (Röm 8,22)

1. „Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde... Und Gott sah an alles, was er gemacht hatte, und siehe, es war sehr gut.“ (1. Mose 1,1 und 31). Schon die ersten Verse der Bibel betonen die Ganzheit und die Heiligkeit der Schöpfung. Es ist die Kraft des Heiligen Geistes Gottes, die das Leben schafft, erhält und ganz macht (1. Mose 1, Römer 8). Die Menschen wurden aus Erde vom Acker gemacht (1. Mose 2). Im Gegensatz dazu ist die Sünde des Menschen ein Vergehen, das seine Beziehung zu Gott, zu den anderen Menschen und zur Schöpfungsordnung zerstört (1. Mose 3 und 4, Jeremia 14, Hosea 4,1-3). Die Schöpfung ist gezeichnet von der menschlichen Sünde, „wir wissen, dass die ganze Schöpfung bis zu diesem Augenblick mit uns seufzt und sich ängstet“ (Röm 8,22). Diese Worte des hl. Paulus an die Römer erhalten heute ein neues Echo, wenn wir betrachten, was der Klimawandel bewirkt hat.
2. Die indigenen Völker auf der ganzen Welt haben einen besonders rücksichtsvollen Umgang mit der Umwelt. Die Heiligkeit der gesamten Schöpfung zeigt sich auch in ihren verschiedenen Weltanschauungen. Wenn wir die Auswirkungen der globalen Erwärmung und des Klimawandels betrachten, können uns diese Ansätze Inspiration und Ermutigung vermitteln.

3. Auswirkungen des Klimawandels sind bereits in vielen Regionen der Welt spürbar. Ein besonders wichtiges Thema diesbezüglich ist die Wasserkrise. Dazu gehört, dass mehr als eine Milliarde Menschen weltweit keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser und Sanitärversorgung haben. Die Wasserkrise wirkt sich auch auf die Landwirtschaft aus und an einigen Orten haben drastische Veränderungen der Niederschlagsmengen zu schlimmen Dürren und noch nie da gewesenen Überschwemmungen geführt. Weitere Konsequenzen des Klimawandels sind Orkane, Zyklone und Taifune, die immer mehr an Stärke gewinnen. Dies führt zum Verlust von Menschenleben und zur Zerstörung von Umwelt und Eigentum. Die Menschen und die gesamte Schöpfung sind deshalb einer neuen Bedrohung ausgesetzt. Der Klimawandel wirft ökologische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und ethische Fragen auf und zeigt, wie zerstört die Beziehungen zwischen Gott, der Menschheit und der Schöpfung sind. Über diese Fragen nachzudenken bedeutet auch, dass wir unser Verständnis der komplexen Beziehungen zwischen Armut, Reichtum und Ökologie erweitern müssen. Gott hat auf wundersame und liebevolle Art eine Welt geschaffen, die über mehr als genug Ressourcen verfügt, um Generationen von Menschen und andere Lebewesen zu erhalten. Aber die unbekümmerte Produktion und der übermäßige Verbrauch von Einzelpersonen, Unternehmen und Ländern hat zu einer kontinuierlichen Entweihung der Schöpfung, einschließlich der globalen Klimaerwärmung und anderen Formen des Klimawandels geführt.
4. Die wissenschaftliche Forschung in den letzten Jahren und insbesondere der Bericht der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen der UNO (IPCC) im Jahr 2007 haben klar gezeigt, dass das Handeln des Menschen eine der Hauptursachen des Klimawandels ist. Die Aktivitäten des Menschen im Zusammenhang mit der Nutzung fossiler Brennstoffe und dem Abholzen von Wäldern haben unter anderem die Konzentration von Treibhausgasen (GHGs) wie Kohlendioxid (CO₂) in die Höhe getrieben. Diese Gase tragen zur Erwärmung der Atmosphäre bei. Weltweit sind die Treibhausgasemissionen durch menschlichen Einfluss zwischen 1970 und 2004 um 70 % angestiegen. Blieben die Treibhausgasemissionen auf dem heutigen Stand oder käme es zu einem nochmaligen Anstieg, dann würde dies zu einer weiteren Erwärmung und zu zahlreichen Veränderungen im weltweiten Klimasystem im Laufe des 21. Jahrhunderts führen. Der Bericht des IPCC aus dem Jahr 2007 bestätigt, dass die klimatische Erwärmung eindeutig erwiesen ist.
5. Die globale Erwärmung ist einer der offensichtlichsten Aspekte des Klimawandels und verlangt unmittelbares und effizientes Handeln. Die Durchschnittstemperatur der Erde steigt und einige Regionen sind davon besonders stark betroffen. Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde eine Erwärmung um ca. 0,6 °C gemessen. Diese Erwärmung fand sowohl auf der Nord- als auch auf der Südhalbkugel und über den Ozeanen statt. Aufgrund des Temperaturanstiegs schmelzen die Eisdecken der Antarktis, der Arktis, Grönlands sowie das Eis der Gletscher und in den Bergregionen außerordentlich rasch. Die Anfälligkeit der Eisdecken für die Erwärmung könnte durch dynamische Prozesse im Zusammenhang mit Eisbewegungen noch erhöht werden. Dadurch würde der Meeresspiegel noch mehr ansteigen. Gemäß Schätzungen wird der Meeresspiegel bis Ende des 21. Jahrhunderts weltweit durchschnittlich um 18 bis 59 cm ansteigen. Bereits heute sind einige Inseln insbesondere im Pazifik vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen. Diese Region sowie Afrika und die Karibik werden am stärksten unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden.
6. Der Bericht des IPCC und andere Studien halten fest, dass die Situation dringende Maßnahmen zur Vorsorge und Anpassung erfordert, um weitere nachteilige Auswirkungen der steigenden Temperaturen zu verhindern. Vorsorge (Umgang mit den Ursachen) ist eine Notwendigkeit für die Industrieländer. Sie müssen ihren CO₂-Ausstoß drastisch reduzieren. Anpassung (Umgang mit den Auswirkungen) ist seitens der Entwicklungsländer dringend erforderlich, damit sie die sich abzeichnenden Veränderungen bewältigen können. Die globale Erwärmung wird nicht alle gleich

- hart treffen. Die verarmten und verletzlichen Gemeinschaften, größtenteils im Süden, sind diejenigen, die am meisten darunter leiden und leiden werden. Die Auswirkungen der Abholzung des Regenwalds in Afrika, Asien und Lateinamerika und der Anstieg des Meeresspiegels im Pazifik zum Beispiel treffen die armen Gemeinschaften, da sie für ihren Lebensunterhalt stärker von natürlichen Ressourcen abhängig sind und nicht über die Mittel verfügen, sich an die Veränderungen anzupassen.
7. Um die Bedrohungen, die für unsere Welt durch den Klimawandel entstehen, anzugehen, muss jetzt gehandelt werden. Im Dezember 2007 einigten sich die Regierungen auf der Konferenz der Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) in Bali auf einen Fahrplan für die Verhandlungen über eine neue Reihe von Verpflichtungen im Rahmen des UNFCCC und des Kyoto-Protokolls für die Zeit nach 2012. Die Verhandlungen sollen bis Ende 2009 abgeschlossen sein. Während der Konferenz begrüßte die Welt die Ratifizierung des Protokolls durch Australien. Damit sind die USA das einzige Land unter den Staaten mit dem größten Emissionsvolumen, das das Protokoll nicht ratifiziert hat. Die Maßnahmen auf Regierungsebene sollten mit Aktionen zur Bewältigung der durch den Klimawandel entstehenden Bedrohungen von Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinschaften, der Privatwirtschaft und anderen gesellschaftlichen Akteuren kombiniert werden. Wenn sich nicht ein tief greifender Wandel der Lebensweise, der Entwicklungsmuster und des Strebens nach Wirtschaftswachstum durchsetzt, wird die Menschheit diese Herausforderung nicht meistern können. Die ÖRK-Delegation in Bali betonte klar, dass ein Paradigmenwechsel notwendig sei. „Wir als Mitglieder von Glaubensgemeinschaften sind davon überzeugt, dass ein Paradigmenwechsel von einer alten zu einer neuen Denkweise erforderlich ist, wenn wir angemessen auf die Herausforderung des Klimawandels reagieren wollen.“
 8. Der Klimawandel ist sowohl ein umweltpolitisches Thema als auch eine Frage der Gerechtigkeit. Diejenigen Länder mit dem größten Treibhausgasausstoß tragen eine historische Verantwortung, den heutigen Trend anzunehmen, aufzuhalten und umzukehren. Die Entwicklungsländer streben nach besseren Lebensbedingungen für ihre Bevölkerung. Dabei stehen sie vor dem Dilemma, dass sie versuchen müssen, nicht genau das zu wiederholen, was zur heutigen Situation geführt hat. Die gegenwärtigen, nicht nachhaltigen Verbrauchs- und Produktionsmuster haben zu gewaltigen negativen Konsequenzen für die Umwelt geführt und eine ökologische Schuld gegenüber der Menschheit und der Erde verursacht. Diese ökologische Schuld muss im Zusammenhang mit der finanziellen Schuld analysiert werden. Um diesen Trend umzukehren ist es entscheidend, Technologien und Praktiken zur Vorsorge und Anpassung zu finden und dabei besonders auf die Bedürfnisse von verletzlichen Gemeinschaften einzugehen.
 9. Kirchen und religiöse Gemeinschaften können wichtige Führungsrollen übernehmen, wenn es darum geht, Einzelpersonen, Gemeinschaften und Regierungen auf Themen im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung und dem Klimawandel aufmerksam zu machen. Aus christlicher Sicht leiten sich unsere Reaktionen aus dem Ruf ab, umzukehren und Busse zu tun (*metanoia*), wie es das Evangelium verkündigt (Markus 1,15). Der Aufruf des ÖRK „Handelt schnell und handelt jetzt“ an die Regierungsvertreter/innen in Bali sollte zudem durch das Zeugnis und die kontinuierliche Reflexion der Kirchen und christlichen Organisationen unterstützt werden. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der globalen Erwärmung betont die Mahnung des hl. Paulus, „das ängstliche Harren der Kreatur wartet darauf, dass die Kinder Gottes offenbar werden“ (Röm 8,19), dass die Antwort auf diese Herausforderungen vom Kern unseres Glaubens ausgeht.
 10. Kirchen und ihre Gemeinden und Gemeinschaften sollten eine neue Lebensweise annehmen, bei der der in der Apostelgeschichte (Apg 2,42-47) beschriebene Geist des verantwortungsbewussten Teilens der ersten christlichen Gemeinden zurückgewonnen wird. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Können wir diese noch nie da gewesene Gelegenheit gemeinsam ergreifen? Es sollte den Kirchen zum Beispiel gelingen, Wege zu finden, einander herauszufordern und dazu zu

motivieren, unsere ökologischen und wirtschaftlichen „Fußspuren“ zu erfassen und weiterzugehen, indem sie dauerhafte Veränderungen in der Lebensweise und in der wirtschaftlichen Entwicklung durchsetzen. Die Gemeindemitglieder müssen die Verantwortung dafür übernehmen, ihren Anteil an der ökologischen Schuld, die sich für die nächsten Jahre bedrohlich abzeichnet, zu bezahlen. Die Kirchen müssen den Mut finden, neue Lebensweisen zu entwickeln, als Jünger des Einen, der gekommen ist, damit alle Menschen das Leben haben. Christen sollten angesichts eines modernen Materialismus der sich weltweit verbreitet hat, „das Leben in seiner ganzen Fülle“ leben. Schritte wie diese werden ein Zeugnis sein, das Gesellschaften durchdringen und als Auslöser für die so nötige Veränderung dienen kann.

11. Das Handeln der ÖRK-Mitgliedskirchen zum Klimawandel sollte auch im Zusammenhang mit der Dekade zur Überwindung von Gewalt und der Vorbereitungsphase der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation gesehen werden. Das Thema der Friedenskonvokation, „Ehre sei Gott und Friede auf Erden“, betont den Frieden auf Erden, der auch den Frieden mit der Erde und den Frieden unter den Menschen mit einschließen sollte. Zahlreiche Kirchen, ökumenische Organisationen und kirchennahe Dienste und Werke haben angesichts der Zeichen der Zeit bereits Aktionen zum Thema Klimawandel und globale Erwärmung eingeleitet. Der ökumenische Patriarch hat mit verschiedenen Initiativen für die Schöpfung eine führende Rolle übernommen. Dabei hat er auch die Wissenschaftsgemeinde beteiligt und sich dafür eingesetzt, dass das Thema in die Lehrpläne aufgenommen wird. Am 1. September 1989 hat er dazu aufgerufen, den 1. September (der Beginn des Kirchenjahres in der orthodoxen Liturgie) als Tag der Schöpfung zu feiern. Dieser Aufruf wurde vor kurzem durch die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung, die im September 2007 in Rumänien stattfand, bekräftigt. Die Versammlung empfahl, eine bestimmte Zeit des Jahres, jeweils ab dem 1. September, der Schöpfung zu widmen. Kirchenverantwortliche aus dem Pazifik betonten auf einem Treffen im Juli 2007 „die zunehmend verheerenden Auswirkungen des Klimawandels, die das Leben unserer Völker in den Ländern der pazifischen Inseln wie Kiribati, Tuvalu und die Marshallinseln bedrohen“ und schlugen vor, dass ein ökumenisches Seelsorgeteam die Mitgliedskirchen in Kiribati und Tuvalu besuchen sollte, als Ausdruck der weltweiten ökumenischen Solidarität. Vierzig Jahre nach der Ermordung von Dr. Martin Luther King Jr. anerkannte die Baptistische Einigungskonferenz in den USA im Januar 2008 die Bedeutung des Sorgetragens für die Umwelt. Ebenfalls vierzig Jahre nach der ÖRK-Vollversammlung in Uppsala organisiert die Kirche von Schweden im November 2008 in derselben Stadt einen interreligiösen Gipfel zum Klimawandel.

Nach Anhörung der ÖRK-Mitgliedskirchen und unter Berücksichtigung der bisherigen ÖRK-Grundsätze im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der globalen Erwärmung, insbesondere der Erklärung des Exekutivausschusses anlässlich des 10. Jahrestages des Kyoto-Protokolls im September 2007, fasst der Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (13.-20. Februar 2008, Genf, Schweiz) folgenden Beschluss.

Der Zentralausschuss:

- A. **ruft** die Kirchen **dringend dazu auf**, ihr prophetisches Amt im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung und dem Klimawandel zu stärken und an seine nachteiligen Auswirkungen auf arme und verletzte Gemeinschaften in verschiedenen Teilen der Welt zu erinnern und ermutigt die Kirchen, ihren Aufruf an die Regierungen, NGOs, die Wissenschaftsgemeinde und die Privatwirtschaft zu einer intensiveren Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung und dem Klimawandel zu verstärken;
- B. **erkennt an**, dass eine tief greifende Veränderung in der Beziehung zur Natur, in der Wirtschaftspolitik, im Verbraucherverhalten, in den Produktions- und technologischen Verfahren erforderlich ist, um angemessen auf die Bedrohungen der globalen Erwärmung und des Klimawandels zu reagieren;

- C. **erkennt an**, dass sich ein Aufruf der Kirchen, eine solche Veränderung zu bewirken, auf die Bereitschaft christlicher Gemeinschaften stützen sollte, selbst eine andere Lebensweise anzunehmen;
- D. **verkündet**, dass eine solche Bereitschaft als umfassendes Element der Botschaft des Evangeliums gesehen werden sollte und setzt sich für kreative und dauerhafte Antworten auf die Herausforderungen ein;
- E. **ermutigt** die Mitgliedskirchen, die kirchennahen Dienste und Werke und andere ökumenische Partner:
- a. kreative Wege zu entwickeln und miteinander zu teilen, wie Beziehungen unter den Menschen und mit der Erde ökologisch respektvoll gestaltet werden können,
 - b. daran zu arbeiten, eine weltweite Solidarität für die Übernahme nachhaltiger Lebensweisen zu schaffen, und
 - c. die ökologischen „Fußspuren“ von Einzelpersonen, Gemeinden, Unternehmen und Staaten zu überwachen, um dazu beizutragen, diese und andere Schritte zur Vorsorge angesichts des Klimawandels und der globalen Erwärmung zu lenken;
- F. **unterstützt** die von verschiedenen Kirchen ausgearbeiteten Initiativen zum Umgang mit der globalen Erwärmung und dem Klimawandel und **lädt** die Kirchen **ein**, Wege zum Austausch von Ressourcen über andere Initiativen zu finden;
- G. **ruft** die Mitgliedskirchen **auf**, mittels Gebeten und Aktionen eine besondere Zeit der Schöpfung, dem Sorgetragen für die Schöpfung und der Haushalterschaft zu widmen, die jeweils am 1. September beginnt;
- H. **fordert** die Kirchen **auf**, die durch den Klimawandel am stärksten bedrohten Menschen und Gemeinschaften im Pazifik, insbesondere in Kiribati und Tuvalu, zu begleiten und sinnvolle Wege zu finden, um ihnen ihre Solidarität zu bekunden;
- I. **fordert** theologische Schulen, Seminare und Akademien **auf**, die ethischen und theologischen Dimensionen der Ursachen der globalen Erwärmung und des Klimawandels sowie der nachhaltigen Lebensweise, die als Reaktion darauf erforderlich ist, zu vertiefen;
- J. **setzt sich dafür ein**, dass interreligiöse Ansätze zur Zusammenarbeit und zur konstruktiven Reaktion wie der von der Kirche von Schweden geplante interreligiöse Gipfel in Betracht gezogen werden, um eine bessere Haushalterschaft der Schöpfung und ein gemeinsames Zeugnis durch konkretes Handeln zu erreichen;
- K. **ermutigt** die Kirchen, ihre nationale Fürsprachearbeit für Maßnahmen gegen den Klimawandel fortzusetzen.

Erklärung zu demokratischen Wahlen

Wenn wir uns die Realität von Wahlprozessen anschauen, wie sie gegenwärtig und im Lauf der letzten Jahre in verschiedenen Teilen der Welt abgelaufen sind, so ist es hilfreich, uns Worte des Apostels Paulus an die Galater und auch aus dem 5. Buch Mose zu vergegenwärtigen und darüber nachzudenken.

Galater 3,26-28

Denn ihr seid alle durch den Glauben Gottes Kinder in Christus Jesus. Denn ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.

5. Mose 1,13

Schafft herbei weise, verständige und erfahrene Leute unter euren Stämmen, die will ich über euch zu Häuptern setzen.

1. Diese Überzeugungen stehen auch im Mittelpunkt der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen verpflichtet die Nationen der Welt dazu, „die Demokratie zu fördern und die Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung aller international anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu stärken“. In dieser Erklärung legen sich die führenden Politiker/innen der Welt darauf fest, „gemeinsam auf integrativere politische Prozesse hinzuarbeiten, die allen Bürgern in allen unseren Ländern echte Mitsprache ermöglichen“.
2. Wir feiern das 60-jährige Bestehen dieses bedeutenden Dokumentes, das am 10. Dezember 1948 verabschiedet wurde – und täten dabei gut daran, uns diesen Text in Erinnerung zu rufen, wenn wir uns an den Wahlen in unseren Ländern beteiligen.
3. Angesichts der jüngsten Ereignisse in Kenia, Georgien, der Ukraine und Pakistan sollten wir diese Worte bedenken. Und wir sollten sie ebenfalls bedenken, wenn wir an die Beunruhigung zurückdenken, welche die Unregelmäßigkeiten während der US-Wahlen bei einigen Bürgern und Bürgerinnen der USA auslösten, und wenn wir an die bevorstehenden Wahlen in Simbabwe, Angola und anderen Ländern denken. Dies zeigt, dass Wahlen als integraler Bestandteil demokratischer Regierungsführung generell einer kritischen Beobachtung unterzogen werden sollten. Dabei sind auch die Machtverhältnisse auf verschiedenen Ebenen in die Überlegungen einzubeziehen. Ferner müssen wir uns die Frage nach der Rolle der Kirche in diesen Situationen stellen.
4. Der Trend, der das vergangene Jahrhundert mehr als alle anderen geprägt hat, war die Zunahme demokratischer Systeme. Heute praktizieren zahlreiche Länder die eine oder andere Form der Demokratie. Demokratie ist die Quelle politischer Legitimation. In jüngerer Zeit sind die Zivilgesellschaften vieler Länder zum Motor von gesellschaftlichen Veränderungen und Demokratisierung geworden. Die Zivilgesellschaft einschließlich nichtstaatlicher Organisationen und Kirchen, die sich mit Fragen im Zusammenhang mit Menschenrechten und guter Regierungsführung auseinandersetzen, gelten vielfach als treibende Kraft der Demokratisierung. Die Demokratisierung hat zwar in vielerlei Hinsicht politische Handlungsspielräume erweitert und den Menschen Freiheit gebracht, doch zugleich ist sie auch in vielen Ländern in einer Weise missbraucht und manipuliert worden, dass sie letztlich zu einer Beeinträchtigung der Rechtsstaatlichkeit und einer Ausweitung von Korruption geführt hat. Demokratische Grundsätze und Werte müssen – vor allem in Ländern mit geringer Alphabetisierungsrate – über einen längeren Zeitraum gefördert und gepflegt werden, bevor sie Früchte tragen können.
5. Wahlen stellen für die Menschen eine Möglichkeit dar, ihre Abgeordneten und ihre künftige Regierung zu wählen. Außerdem sind Wahlen ein Mittel zur Legitimierung des politischen Systems. Um zu gewährleisten, dass das Wahlergebnis den Willen des Volkes tatsächlich widerspiegelt, muss

ein gut strukturierter Vor- und Nachwahlmechanismus eingerichtet werden. Mit anderen Worten: Eine Beobachtung am Wahltag genügt nicht. Aus der Geschichte wissen wir, dass die meisten Eingriffe, die das Wahlergebnis ernsthaft beeinträchtigen, während der Wahlvorbereitungen geschehen, einige aber auch im Anschluss an die Wahlen (sofern die Ergebnisse bzw. eine erneute Stimmenauszählung umstritten sind); und zwar aufgrund von zweifelhaften Wahlgesetzen und –vorschriften, aufgrund von Manipulationen bei der Registrierung von Wählern und an Wahlgeräten, aufgrund der Tatsache, dass staatlich kontrollierte Medien den von der Regierung begünstigten Kandidaten mehr Sendezeit zur Verfügung stellen, und aufgrund von Manipulationen seitens oppositioneller Parteien usw. Alle diese Elemente sind zu berücksichtigen, wenn eine effektive Wahlbeobachtung gewährleistet werden soll, die zur Einsetzung demokratisch gewählter Regierungen beitragen soll.

6. Zudem ist eine demokratisch gewählte Regierung noch keine Garantie dafür, dass dem Willen des Volkes Rechnung getragen wird. In manchen Ländern sind die Wahlen zwar gemäß der innerstaatlichen und internationalen Standards durchgeführt worden, doch die Wahlergebnisse sind weitgehend durch externe Faktoren geprägt. In einem Umfeld, in dem Angst herrscht und die grundlegenden Institutionen und Infrastrukturen, auf die jede demokratische Regierung angewiesen ist, nicht mehr existieren, kann Demokratie nicht gedeihen. Besondere Aufmerksamkeit muss dem Aufbau wirksamer öffentlicher Institutionen einschließlich einer unabhängigen Justiz, einer unparteiischen und unbestechlichen Polizei, einer rechenschaftspflichtigen Legislative und eines rechenschaftspflichtigen öffentlichen Dienstes gelten. Nur ein System, das Transparenz, Rechenschaftslegung und die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze gewährleistet, wird einer demokratisch gewählten Regierung erlauben, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Großmächte müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, all jenen Ländern, die demokratische Reformen benötigen, die erforderliche Unterstützung anzubieten. Sie müssen sie bei ihren Bemühungen um eine Konsolidierung der Demokratie ermutigen und unterstützen und jegliche ungebührliche Einmischung vermeiden. Die Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft sollten sich nicht auf die Wahlbeobachtung beschränken, die sicherlich wichtig, jedoch nicht ausreichend ist. Die Grundwerte der gemeinsamen Verantwortung und der Solidarität sollten ihre Leitmotive bei den Bemühungen sein, Ländern beim Aufbau einer wirklich partizipatorischen Demokratie zu helfen.
7. Angesichts der Bedeutung von Wahlen und demokratischen Prozessen begleitet der Ökumenische Rat der Kirchen mit Hilfe von ökumenischen Wahlbeobachtungsteams Kirchen und Christen in mehreren Ländern, um zur Gewährleistung fairer Wahlen beizutragen.
8. Dem Zentralausschuss vom 20. – 28. Januar 1994 lag ein Hintergrunddokument zum Thema Herausforderungen für Afrika heute vor, in dem es hieß: *„Wahlen allein genügen noch nicht, um die Demokratie zu verwirklichen. ...Eine Vorbedingung für dauerhafte Demokratie ist ein Minimum an sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit für jeden Bürger. Die formelle ‚Demokratisierung‘ des politischen Lebens einer Nation genügt weder, um Demokratie zu verwirklichen, noch um sie bestandfähig zu machen. Externer Druck und die Methode der Vorbedingungen haben einige autokratische Regierungen dazu gebracht, den Mantel einer Demokratie westlichen Stils überzuziehen, aber die Resultate waren selten mehr als nur kosmetischer Natur. Wahre partizipatorische Demokratie – Regierung von, durch und für das Volk, wie es in der Präambel zur Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika heißt – erfordert fundamentale institutionelle Veränderungen, wirkliche Achtung der individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten, einschließlich der wirtschaftlichen Rechte....Politische und wirtschaftliche Partizipation müssen Hand in Hand geben.“*
9. Demokratie und politische Führung sind eng verbunden mit der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung und spielen eine entscheidende Rolle für diese Entwicklung. Soziale Ungleichheit untergräbt den Zusammenhalt der Gesellschaft und stellt demokratische Regierungsführung in Frage. Extreme Armut und Ausgrenzung stellen eine massive Bedrohung der grundlegenden Menschenrechte dar; sie hindern zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer sozialen Notlage befinden, an demokratischer Teilhabe, und sie führen schließlich zu einer gespaltenen

Gesellschaft. Die Frage der Einführung und Gewährleistung der Achtung und des uneingeschränkten Genusses der Menschenrechte sowie die Durchführung freier und fairer Wahlen sind die unerlässliche Voraussetzung einer wirklich demokratischen Regierungsführung.

10. Eine stärkere Mitwirkung der Bürger/innen und der zivilgesellschaftlichen Institutionen in der Verwaltung des Landes anzuregen und zu unterstützen, ist ein sinnvoller Weg, um die Voraussetzungen für eine wirklich partizipatorische Demokratie zu schaffen. Politische Entscheidungen sollten unter Miteinbezug eines breiten Spektrums an zivilgesellschaftlichen Institutionen getroffen werden.
11. In diesem Zusammenhang sollten Untersuchungen über den Stand der Demokratisierung gefördert werden. Anhand solcher Untersuchungen lassen sich Demokratiedefizite feststellen. Sie können zudem wertvolle Informationen bieten, die es der Zivilgesellschaft ermöglichen, eine öffentliche Diskussion über die Ziele der Demokratisierung und über die wichtigsten Hindernisse auf dem Weg dahin zu führen. Eine solche Beobachtung der staatlichen Reformen und die Fürsprachearbeit für die Prioritäten der Bürger/innen sind entscheidend für die Schaffung rechenschaftspflichtiger, effizienter und wirklich demokratischer Regierungen.
12. Die ÖRK-Konsultation in Zypern (1981) definierte politische Ethik wie folgt: *„Ökumenische politische Ethik bedeutet, im Interesse der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenwürde und authentischer Gemeinschaft das Verständnis und die Ausübung von Macht am Maßstab des Evangeliums zu messen.“* Sie bekräftigte des Weiteren, dass die Integrität und Würde der Politik respektiert, aufrechterhalten und – sofern sie beschädigt ist – wiederhergestellt werden sollte. Zugleich rief sie dazu auf, im politischen Leben tätige Personen an ihre eigentlichen Aufgaben und ihre Verantwortung zu erinnern.
13. Aus allen Teilen der Welt erreichen uns Berichte über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen, Korruptionsvorwürfe, Einschüchterung und Wahlbetrug. Als eine Gemeinschaft von Gläubigen ist der ÖRK der Überzeugung, dass wahre Demokratie über den Machenschaften stehen muss, die Menschen an der Ausübung ihres Wahlrechts hindert, und dass Rechtsverfahren geschaffen werden müssen, die diese Rechte sicherstellen. Wahrhaft demokratische Regierungen müssen auf der Zusammenarbeit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Gesellschaft aufbauen – ungeachtet der rassischen oder ethnischen Zugehörigkeit, der wirtschaftlichen Situation sowie von unterschiedlichen Gaben oder Glaubensüberzeugungen.
14. Alle Akteure, einschließlich der Kirchen sollten die ihnen zukommende Verantwortung übernehmen für Frieden, Gerechtigkeit, Versöhnung, Einheit und den Wiederaufbau der Gesellschaft, für Demokratie als ein System gerechter und fairer Regierungsführung, die die Durchführung demokratischer Wahlen garantiert und zur Realität im Leben der Menschen werden lässt.

Eingedenk der Tatsache, dass die Errichtung einer uneingeschränkten Demokratie sowie die Respektierung der Menschenrechte sowohl von Mehrheiten als auch von Minderheiten vom Willen aller abhängt, im Geist der Toleranz, der gegenseitigen Achtung und der friedlichen Koexistenz zusammenzuleben, fasst der Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen auf seiner Tagung vom 13.-20. Februar in Genf, Schweiz, folgenden Beschluss.

Der Zentralausschuss

- A. **ruft** die Staaten nachdrücklich **auf**, sich für Verbesserung und Konsolidierung der Demokratie einzusetzen, indem sie den Schutz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten garantieren; effiziente öffentliche Institutionen einrichten, darunter eine unabhängige Justiz, eine rechenschaftspflichtige Legislative und einen verlässlichen öffentlichen Dienst; ein Wahlsystem einführen, das den freien und fairen Ausdruck des Willens des Volkes garantiert;

- B. **würdigt und unterstützt** die bisherige Arbeit von UN-Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, die in zahlreichen Ländern in verschiedener Form Wahlhilfe geleistet, Informationsprogramme für Wähler durchgeführt und technische Hilfe und Informationen zur Abhaltung, Kontrolle und Beobachtung von Wahlen zur Verfügung gestellt haben;
- C. **ersucht** die Vereinten Nationen und alle anderen internationalen und regionalen Institutionen, die Situation aufmerksam zu beobachten und jede erforderliche Unterstützung zu geben, die eine uneingeschränkte Wahlbeteiligung und demokratisch gewählte Regierungen gewährleistet;
- D. **ruft** die UN-Organisationen eindringlich **auf**, auch weiterhin für eine breitere Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an der Regierungsführung zu sorgen, indem sie technische und beratende Dienste und andere Formen der Unterstützung zur Verfügung stellen; den Informationsaustausch und die Verbreitung von best practices fördern; und Partnerschaften mit Organisationen der Zivilgesellschaft vorantreiben;
- E. **ermutigt** die Kirchen, sich aktiv an Programmen zur Staatsbürgerkunde und Demokratie sowie an Informations- und Aufklärungsprogrammen für Wähler zu beteiligen, Wahlprozesse zu beobachten und die Situation weiterzuverfolgen.